
Vorsitz: Deutschland**954. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 16. September 2020 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 16.30 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin G. Bräutigam

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für diese Hybridsitzung des FSK während der COVID-19-Pandemie, die gemäß FSC.GAL/83/20 durchgeführt wird.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN (SALW) UND LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION (SCA) „ZWANZIG JAHRE OSZE-DOKUMENTE ÜBER SALW UND SCA – ZWANZIG JAHRE HILFSPROJEKTE AUS DER GEBER- UND DER EMPFÄNGERPERSPEKTIVE“

- *Vortrag von J. Balfoort, Direktorin für Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Europäischer Auswärtiger Dienst*
- *Vortrag von L. Mojsovska Petrova, Leiterin der Hauptabteilung Waffen, Sprengstoffe und gefährliche Stoffe, nationale Kontaktstelle, nationale Kommission für Kleinwaffen und leichte Waffen, Innenministerium der Republik Nordmazedonien*

- *Vortrag des Leiters der OSZE-Mission in Skopje*
- *Vortrag von M. Bleinroth, ständige Vertretung Deutschlands bei der OSZE, bis August 2020 Leiter des Referats Konventionelle Abrüstung, Rüstungskontrolle und VSBM im Auswärtigen Amt*

Vorsitz, J. Balfoort, L. Mojsovska Petrova (FSC.DEL/186/20 OSCE+), Leiter der OSZE-Mission in Skopje, Deutschland (FSC.DEL/194/20 OSCE+), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und San Marino) (FSC.DEL/196/20), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/195/20), Belarus (FSC.DEL/187/20 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Schweiz (FSC.DEL/188/20 OSCE+), Türkei (FSC.DEL/199/20 OSCE+), Aserbaidzhan (Anhang 1), Armenien (Anhang 2), Ukraine, Kirgisistan, Ungarn (Anhang 3), Bosnien und Herzegowina (auch im Namen Albaniens, Montenegros, Nordmazedoniens und Serbiens) (FSC.DEL/193/20 OSCE+), Bosnien und Herzegowina, Montenegro (Anhang 4), Russische Föderation (Anhang 5), Nordmazedonien, Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA (Lettland) (Anhang 6), FSK-Koordinator für Hilfsprojekte für SALW und SCA (Österreich) (Anhang 7), Serbien (Anhang 8)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/191/20) (FSC.DEL/191/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/197/20), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Kanada, Russische Föderation (Anhang 9), Deutschland – Europäische Union

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Militärübung „Zebra Sword“ vom 25. Oktober bis 11. November 2020:* Deutschland, Niederlande
- (b) *Militärübung „Baccarat 2020“ vom 14. bis 25. September 2020:* Frankreich
- (c) *Militärübung „Silver Arrow 2020“ vom 18. September bis 2. Oktober 2020:* Lettland
- (d) *Vorübergehende Aussetzung seiner militärischen Aktivitäten mit allen Partnern durch Serbien für die nächsten sechs Monate:* Serbien (Anhang 10)

(e) *Protokollarische Angelegenheiten: Griechenland*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 23. September 2020, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

Frau Vorsitzende,

die Delegation Aserbaidschans heißt unsere Hauptredner bei der heutigen FSK-Sitzung herzlich willkommen und dankt ihnen für ihre interessanten und aufschlussreichen Vorträge. Wir sprechen dem deutschen FSK-Vorsitz unsere Anerkennung dafür aus, dass er dem Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und der Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) hohe Bedeutung beimisst. Der eigene Sicherheitsdialog, der heute zu diesem Thema einberufen wurde, hat das Potenzial, unseren Bemühungen zur Bekämpfung der von der exzessiven und destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von SALW und SCA ausgehenden Bedrohungen weitere Impulse zu geben; dies trifft auch auf die zweite Zweijährliche Tagung zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA zu, die im Oktober stattfinden wird. Damit dieses Potenzial ausgeschöpft werden kann, brauchen wir offene Diskussionen und ein konstruktives Engagement aller Teilnehmerstaaten.

Als regionale Sicherheitsabmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen verfügt die OSZE über gute Voraussetzungen, um Bedrohungen im Zusammenhang mit SALW und SCA in ihrem geografischen Bereich wirksam begegnen zu können. Sie sollte damit internationale Bemühungen in diesem Bereich unter der Leitung der Vereinten Nationen ergänzen, unter anderem durch die vollständige Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten.

Seit der Verabschiedung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen im Jahr 2000 und über SCA im Jahr 2003 hat die Organisation viel unternommen, um die Normen und vorbildlichen Praktiken auf dem Gebiet der Kleinwaffen und leichten Waffen und von SCA zu harmonisieren und auch den normativen Rahmen in diesem Bereich zu erweitern und zu festigen. Die praktischen Hilfsprojekte zählen zu den wichtigen Bereichen, in denen die OSZE einen starken Acquis aufgebaut hat. Trotzdem beeinträchtigen anhaltende Bedrohungen, die von der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von SALW und SCA ausgehen, weiterhin die Sicherheit im OSZE-Raum. Um diese Bedrohungen anzugehen und unsere regionalen Defizite im Einklang mit weltweiten Normen abzubauen, ist es notwendig, dass die in den einschlägigen OSZE-Dokumenten und -Beschlüssen enthaltenen Verpflichtungen nach Geist und Buchstaben umgesetzt und zu diesem Zweck praktische Maßnahmen ergriffen werden.

Einer der wesentlichen Bereiche, in dem die OSZE ihr volles Potenzial noch ausschöpfen und einen konkreten Beitrag zu den internationalen Bemühungen leisten muss, ist das Vorgehen gegen den unerlaubten Transfer und die Umlenkung von SALW und SCA. Diese Frage hat für jene Teilnehmerstaaten besondere Dringlichkeit, die unter ungelösten bewaffneten Konflikten leiden, die das Ergebnis ungeheurer Verstöße gegen die grundlegenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts und der Schlussakte von Helsinki sind. Die illegale Anhäufung und Verbreitung von SALW und SCA durch den unerlaubten Transfer und die illegale Umlenkung in die besetzten Gebiete Aserbaidschans stellt nach wie vor ein ernstes Sicherheitsproblem und eine Bedrohung für die Stabilität in unserer Region dar. Sie trägt dazu bei, dass die Besetzung der Gebiete Aserbaidschans aufrechterhalten und der Konflikt verlängert wird, dass die Bemühungen um seine friedliche Lösung untergraben werden, die Gewalt geschürt und das Leben der Zivilbevölkerung bedroht wird.

Die OSZE muss alle geeigneten Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des unerlaubten Transfers und der Umlenkung von SALW und SCA ergreifen. Bevor sie den Transfer von Waffen und Munition genehmigen, sollten die Teilnehmerstaaten die Risiken und Gefahren prüfen, die diese Transfers in einem Konfliktumfeld darstellen und bewerten, wie sie zur Besetzung der völkerrechtlich anerkannten Gebiete von Staaten beitragen. Die Tatsache, dass in OSZE-Teilnehmerstaaten hergestellte SALW und konventionelle Munition ihren Weg in das Hoheitsgebiet eines anderen Teilnehmerstaats finden, ohne dass dieser seine Zustimmung erteilt hat, sollte Hersteller- wie Transitländer gleichermaßen alarmieren.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit diesen Bedrohungen für den gesamten OSZE-Raum grundlegend wichtig ist. Daher sollte diese Aufgabe auch in Zukunft ganz oben auf der Agenda der OSZE stehen, und ergebnisorientierte Bemühungen sollten fortgesetzt werden, sie im Einklang mit weltweiten Standards in das Regelwerk der OSZE und ihre Programmaktivitäten zu übernehmen.

Darüber hinaus haben wir letzte Woche auf der Eröffnungssitzung des FSK unter deutschem Vorsitz die Frage der verstärkten Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung an Armenien angesprochen, die zu seiner Politik der Aggression und Besetzung aserbaidchanischer Gebiete beiträgt. Wir fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten erneut dazu auf, die Ausfuhr von Waffen und militärischer Ausrüstung nach Armenien zu überdenken, bis es seine Streitkräfte aus den besetzten Gebieten Aserbaidschans abzieht und seine Aggressionspolitik beendet.

In ähnlicher Weise haben wir in der vergangenen Woche unseren Standpunkt zu einem Ersuchen Armeniens um ein Hilfsprojekt im Bereich SALW und SCA mitgeteilt. Lassen Sie mich erneut festhalten, dass Aserbaidschan strikt gegen jegliche Erhöhung oder Stärkung der militärischen Fähigkeiten dieses Aggressorstaats und daher nicht in der Lage ist, Hilfsprojekte zu unterstützen, um die zu diesem Zweck ersucht wird.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal unseren Rednern für ihre wertvollen Beiträge zum heutigen Sicherheitsdialog danken und ihnen viel Erfolg für ihre künftigen Vorhaben wünschen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Delegation Armeniens möchte sich dem Dank an die Redner für ihre anregenden Vorträge anschließen und auch dem deutschen FSK-Vorsitz dafür danken, dass er Fragen zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) sowie zu Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) auf die Tagesordnung des Sicherheitsdialogs gesetzt und dazu auch ein Konzeptpapier mit weiterführenden Fragen ausgearbeitet hat. Diese Sitzung bietet uns eine gute Gelegenheit für einen Gedanken- und Meinungsaustausch über den Stand der Umsetzung unserer Verpflichtungen mit Blick auf das Ministerratstreffen in Tirana und um den 20. Jahrestag des SALW-Dokuments der OSZE zu würdigen, den wir in diesem Jahr begehen.

Armenien hat sich stets für die Bedeutung der Kontrolle von SALW und SCA in dem Bewusstsein eingesetzt, dass sie zur unteilbaren und umfassenden Sicherheit im OSZE-Gebiet beitragen kann. Unsere Delegation hat sich stets konstruktiv an der Ausarbeitung von SALW- und SCA-bezogenen Verpflichtungen und Aktivitäten beteiligt. Es ist diesbezüglich von besonderer Bedeutung, dass wir in den letzten zwei Jahrzehnten in der OSZE eine große Anzahl von Dokumenten zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit SALW und SCA ausgearbeitet und einschlägige Erfahrungen mit der Hilfestellung für Teilnehmerstaaten gesammelt haben.

Trotz der Errungenschaften in diesem Bereich sehen wir uns auch weiterhin mit einigen beunruhigenden Entwicklungen konfrontiert. In diesem Zusammenhang möchten wir besonders die Herausforderungen durch die übermäßige und destabilisierende Anhäufung von SALW hervorheben, die nach wie vor die Sicherheitslage verschlechtert und Leib und Leben der Menschen, insbesondere derjenigen, die in Konfliktgebieten oder Grenzregionen leben, bedroht.

In diesem besonderen Zusammenhang gibt die übermäßige und destabilisierende Anhäufung von SALW durch Aserbaidschan unserem Land nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis hinsichtlich unserer Sicherheit. Die Verletzungen der Waffenruhe durch Aserbaidschan an der Grenze zur Republik Armenien und an der Kontaktlinie mit der Republik Arzach erfolgten hauptsächlich durch den Einsatz von SALW. Die jüngste

empörende Verletzung wurde unmittelbar nach der Wiederherstellung der Waffenruhe während der aserbajdschanischen Aggression ab Juli verzeichnet, als ein armenischer Soldat von Scharfschützen erschossen wurde. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass die aserbajdschanische Seite seit vielen Jahren Vorschläge zum Abzug von Scharfschützen von den Frontstellungen ablehnt.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

um auf das vom deutschen FSK-Vorsitz verteilte Konzeptpapier zurückzukommen, möchten wir auf einige der weiterführenden Fragen eingehen und über unsere Erfahrungen mit der Durchführung von Hilfsprojekten berichten.

Bereits 2015 hat die Republik Armenien im Einklang mit dem SCA-Dokument der OSZE bei der OSZE ein Ersuchen um Hilfestellung bei der Durchführung eines Projekts zu SALW und SCA eingebracht, mit dem die Sicherheitsstandards von zwei SALW/SCA-Lagerstätten der Republik Armenien im Einklang mit den nachahmenswerten Verfahren der OSZE verbessert werden sollten.

Zu unserem großen Bedauern wurde der Prozess aufgrund des politisierten und haltlosen Standpunkts Aserbaidschans auf Eis gelegt. In diesem Zusammenhang möchten wir das Forum daran erinnern, dass für den FSK-Vorsitz, das OSZE-Sekretariat und innerhalb desselben die Abteilung FSK-Unterstützung bei der Bearbeitung von Hilfeersuchen der Teilnehmerstaaten die vereinbarten Verpflichtungen und in diesem besonderen Fall das SCA-Dokument der OSZE maßgeblich sind, demzufolge jeder Teilnehmerstaat, der ein Sicherheitsrisiko ermittelt hat, die internationale Gemeinschaft über die OSZE um Unterstützung ersuchen kann. In der Beschreibung des Verfahrensablaufs bei Vorliegen eines Hilfeersuchens legt das SCA-Dokument der OSZE auch fest, dass die Reaktion der OSZE auf das Ersuchen durch den Vorsitz des FSK eingeleitet wird, der in enger Zusammenarbeit mit der FSK-Troika und dem amtierenden Vorsitz Konsultationen aufnimmt, über die er das FSK in geeigneter Weise unterrichtet, und der vom ersuchenden Teilnehmerstaat zusätzliche Informationen bzw. Klarstellungen anfordern kann. Dies kann etwa einen ersten Besuch einschließen, bei dem gegebenenfalls eine Durchführbarkeitsvorstudie angestellt werden kann.

Bekanntlich hat die armenische Seite in den letzten Jahren den Teilnehmerstaaten sowohl schriftlich als auch während der Konsultationstreffen Klarstellungen vorgelegt. Wir haben auch eine Einladung zu einer Durchführbarkeitsvorstudie übermittelt, die auch ganz ohne Konsens abgehalten werden kann. Damit, Frau Vorsitzende, möchte ich auch daran erinnern, dass unser Ersuchen an die FSK-Vorsitze, das Forum über die im Rahmen des armenischen Hilfeersuchens unternommenen Schritte zu informieren, noch nicht beantwortet wurde und nach wie vor aktuell ist.

In diesem Zusammenhang möchten wir hinzufügen, dass es keine OSZE-Verpflichtung gibt, der zufolge in irgendeiner Phase von SALW/SCA-Hilfsprojekten ein Konsensbeschluss erforderlich wäre. Wir sind sehr erfreut darüber, dass Aserbaidschan bei früheren FSK-Sitzungen wie auch bei der heutigen endlich seine Haltung gegenüber dem Hilfsprojekt Armeniens offengelegt und damit zugegeben hat, dass die Fakten wahr sind, die unsere Delegation seit so vielen Jahren anführt. Wenn also die Haltung Aserbaidschans die Durchführung unseres Ersuchens weiterhin behindert, dann sollten die OSZE-Teilnehmerstaaten

darauf aufmerksam gemacht werden, dass unsere Verpflichtungen leicht zugunsten politischer Einflussnahmen aufgegeben werden können.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass die praktische Umsetzung unserer Verpflichtungen nach Buchstaben und Geist unseren Standpunkt hinsichtlich neuer Aktivitäten betreffend SALW/SCA bestimmen wird – den konstruierten Hindernissen, die man uns in den Weg legt, zum Trotz. Dies wird auch eine große und konkrete Verbesserung für die Konzeptionsphase von Projekten sein.

Als Antwort auf die soeben von der Delegation Aserbaidschans abgegebene Erklärung möchten wir betonen, dass wir auf ihre wiederholten und unfundierten Behauptungen bei der letzten FSK-Sitzung eingegangen sind und unsere Antwort unter der Dokumentennummer FSC.DEL/174/20 verteilt wurde. Aus Zeitgründen werde ich davon absehen, unsere Erklärung zu wiederholen, und der Delegation Aserbaidschans lediglich empfehlen, sie noch einmal zu lesen.

Darf ich Sie bitten, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION UNGARNS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Ungarn erachtet die Umsetzung der OSZE-Projekte zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und zu Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) als eines der Vorzeigeprojekte unserer Organisation. Die Errungenschaften auf diesem Gebiet stehen außer Zweifel: Tausende SALW und Tausende Tonnen konventioneller Munition wurden mit OSZE-Hilfe vernichtet; dadurch wurde das Leben der Bürger im OSZE-Raum sicherer, wurden günstige Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum geschaffen und wurde die soziale und infrastrukturelle Entwicklung gefördert.

Unser langjähriges intensives Engagement in diesem Bereich ist auch daran abzulesen, dass Ungarn auf Ersuchen von 22 FSK-Vorsitzenden seit sechs Jahren den FSK-Koordinator für Projekte zu Kleinwaffen und leichten Waffen und SCA stellt.

Frau Vorsitzende,

die Stabilität und Sicherheit auf dem Westbalkan ist eine der wichtigsten Prioritäten Ungarns. Daher erachten wir die Arbeit der OSZE zur Unterstützung der Länder der Region als grundlegend wichtig. Diese Arbeit und die Hilfe der OSZE wären ohne den Einsatz und das Engagement der Teilnehmerstaaten nicht möglich.

Daher freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das ungarische Verteidigungsministerium als großer Förderer dieses gemeinsamen Unterfangens beschlossen hat, insgesamt 250 000 Euro für Programme zu Hilfsprojekten der OSZE im Bereich SALW und SCA in Bosnien und Herzegowina und Montenegro bereitzustellen.

Von diesem Betrag sollen in Bosnien und Herzegowina 165 000 Euro für die sicherheitstechnische Aufrüstung von Munitions- und Waffenlagerstätten verwendet werden, insbesondere für die Auf- und Ausrüstung der Wachmannschaft und anderer Einrichtungen an den vorgesehenen Lagerstätten in Krupa und Kula.

In Montenegro sind 85 000 Euro für die Minderung der Sicherheitsrisiken von Kleinwaffen und leichten Waffen und SCA vorgesehen, insbesondere für die Unterstützung der

Schaffung eines Überwachungsrahmens für SCA durch Bereitstellung und Ausstattung von Ausbildungseinrichtungen des Verteidigungsministeriums beziehungsweise der Streitkräfte.

Wir wünschen unseren Kollegen, die in der Abteilung FSK-Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums, im Verteidigungsministerium von Bosnien und Herzegowina und im Verteidigungsministerium von Montenegro für die Durchführung dieser Projekte zuständig sind, viel Erfolg.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal der heutigen Sitzung.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wir danken Ungarn für seine fortgesetzte Unterstützung und die großzügige Spende zum richtigen Zeitpunkt, die in dieser schwierigen Zeit, in der die COVID-19-Pandemie die Gesundheit und Wirtschaft unserer Länder so stark beeinträchtigt, noch mehr zählt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch allen Teilnehmerstaaten, die Montenegro bei früheren Projekten unterstützt haben, danken und ihnen sagen, wie sehr wir uns auf die Entwicklung weiterer Projekte freuen.

Seit Montenegro 2006 seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat, stehen Fragen im Zusammenhang mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) ganz oben auf seiner Prioritätenliste. Montenegro anerkennt und nutzt die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition als wesentliche Leitlinien für die Entwicklung eines nationalen normativen Rahmens und zieht die ergänzenden Praxisleitfäden heran, um internationale Verpflichtungen umzusetzen und nationale Ziele zu erreichen.

In den letzten 14 Jahren hat Montenegro – mit Unterstützung der OSZE, der OSZE-Teilnehmerstaaten, des UNDP, der EU, der NATO und anderer Partner – viele der Aufgaben im Rahmen des montenegrinischen MONDEM-Programms zur Unbrauchbarmachung von Munition und verschiedener ergänzender Projekte erledigt, die alle mit dem Ziel durchgeführt wurden, das Sicherheitsumfeld noch stabiler zu machen und zu erhalten. Die Ergebnisse dieser Aktivitäten sind sichtbar und spürbar; sie tragen direkt zur Sicherheit in Montenegro und über die Grenzen Montenegros hinaus bei.

In Zusammenarbeit mit der OSZE und dem UNDP brachte Montenegro MONDEM im Dezember 2018 zum erfolgreichen Abschluss.

Im Rahmen von MONDEM wurden seit seinem Beginn im Jahr 2007 bis zu seinem Abschluss 3 300 Tonnen schwere Waffen vernichtet, 1 800 Tonnen überschüssige, veraltete und gefährliche Munition neutralisiert und 128 Tonnen toxisches Material sicher entsorgt. Darüber hinaus wurde die Modernisierung der Infrastruktur in einer Reihe von Munitionsdepots abgeschlossen.

Aufgrund dieser Ergebnisse hat die internationale Gemeinschaft das MONDEM-Programm als eines der erfolgreichsten Projekte in diesem Bereich bewertet.

Im Bewusstsein der Tatsache, dass SALW und SCA im Sinne eines nicht abgeschlossenen Prozesses entsprechende Aufmerksamkeit verdienen, übermittelte Montenegro vor einem Jahr ein offizielles Ersuchen um ein neues Hilfsprojekt. Um in diesem herausfordernden Bereich noch höhere Standards zu verwirklichen, hat Montenegro darüber hinaus für die nächste Phase zusätzliche Aufgaben mit hoher Priorität festgelegt:

- Schulung des Personals in Verfahren für die Verwaltung, Handhabung und sichere Lagerung von Munition; geschätzte Kosten rund 15 000 Euro.
- Fortsetzung des Wiederaufbaus des Lagerhauses „Brezovik“ (Nikšić); geschätzte Kosten rund 1 665 Millionen Euro.
- Wiederaufbau des Lagers „Nova Lokacija“ (Pljevlja); geschätzte Kosten rund 121 000 Euro.
- Vernichtung von etwa 100 Tonnen überschüssiger Munition; geschätzte Kosten von rund 200.000 Euro.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

ich möchte abschließend unsere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, unsere Erfahrungen aus früheren Projekten weiterzugeben, und Ungarn nochmals für die angekündigte Spende danken, die wir als Bekundung des gegenseitigen Vertrauens und der Bereitschaft Ungarns betrachten, Montenegro bei seinen Bemühungen um weitere Fortschritte in diesem Bereich zu unterstützen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

wir möchten uns den Danksagungen an den deutschen Vorsitz für die Ausrichtung dieses Treffens zur Feier des 20. Jahrestags der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und über Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) anschließen. Wir sehen dies als gute Gelegenheit, um deren Bedeutung erneut zu bekräftigen und über Wege zu ihrer wirksameren Umsetzung nachzudenken. Wir möchten uns auch bei den geschätzten Hauptreferenten für ihre höchst aufschlussreichen Vorträge bedanken.

Die Russische Föderation teilt die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft über die unkontrollierte Verbreitung von SALW und befürwortet eine weitere Konsolidierung der weltweiten Anstrengungen im Kampf gegen diese gefährliche Entwicklung. Der illegale Waffenhandel ist weiterhin die Haupteinnahmequelle terroristischer und extremistischer Gruppen und einer der Hauptfaktoren bei der Ausweitung und Zuspitzung von Konflikten. Obgleich in verschiedenen Bereichen gewisse Fortschritte erzielt wurden, bedarf es nach wie vor großer Anstrengungen, um die Lage grundlegend dahingehend zu verbessern, dass dem unerlaubten Handel mit SALW weltweit ein Riegel vorgeschoben wird.

Angesichts dessen kommt der Umsetzung der in den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA festgeschriebenen Grundsätze besondere Bedeutung zu. Die praktischen Aktivitäten der Organisation im Bereich der Hilfestellung an die Teilnehmerstaaten bei der Verwaltung von Lagerbeständen von Kleinwaffen und Munition tragen ganz konkret zur Erfüllung der globalen VN-Verpflichtungen zur Verhütung der destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW bei.

Wir glauben, dass die heutige Diskussion im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) mit der Erklärung des Ministerrats von Mailand 2018 im Einklang steht, da die Projektaktivitäten bei der Schaffung von Normen und nachahmenswerten Verfahren auf dem Gebiet von SALW und SCA von großer Bedeutung sind. Diesbezüglich begrüßen wir die fortgesetzte Arbeit interessierter Teilnehmerstaaten an der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden und zählen dabei auf eine wirksame Zusammenarbeit. Angesichts der Bedingungen, unter denen das FSK gegenwärtig tätig ist, hat die Notwendigkeit dieser Arbeit beträchtlich zugenommen, nicht zuletzt als Faktor für die Gestaltung einer positiven Agenda.

Wir nehmen die Fortsetzung der deutsch-französischen Initiative zur Geberkoordinierung bei der Bekämpfung des unerlaubten Handels mit SALW auf dem Westbalkan zur Kenntnis. Der entsprechende Fahrplan muss noch vollständig umgesetzt werden und ist für eine Nutzung bis 2024 ausgelegt. Zugleich sollten wir nicht vergessen, dass das Problem des unerlaubten Handels mit SALW in jenen Gebieten besonders akut ist, in denen die Kontrolle der Lage durch die Strafverfolgungsbehörden nachgelassen hat und ein hohes Ausmaß an Korruption, Arbeitslosigkeit und organisierter Kriminalität herrscht. Wir wären den geschätzten Delegationen Frankreichs und Deutschlands dankbar, wenn sie das Forum künftig über den Fortschritt ihres Großprojekts unterrichten könnten.

Wenn wir uns mit dem Einfluss des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen auf die Sicherheit in Europa befassen, sollte auch die Situation in der Ukraine Erwähnung finden, wo die Präsenz großer Mengen nicht registrierter Waffen in der Zivilbevölkerung nach wie vor eine große Bedrohung ist. In dem Land hat sich de facto ein „schwarzer“ Waffenmarkt gebildet. Laut Angaben der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine zählt dieser Markt bis zu 5 Millionen Waffen. Zudem wird der illegale Handel zu einem großen Teil aus dem Arsenal getragen, das vom ukrainischen Militär im Gebiet des bewaffneten Konflikts im Donbass eingesetzt wird. Laut amtlichen Statistiken des Innenministeriums der Ukraine wurden 2019 gerade einmal gut 16 000 Waffen freiwillig an den Staat abgegeben, und Strafverfolgungsbeamte beschlagnahmten ihrerseits bloß 2 000. Diese Zahlen sind äußerst bezeichnend. Die lokalen Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine haben bislang keine greifbaren Ergebnisse bei der Bekämpfung von Verbrechen im Zusammenhang mit dem illegalen Waffenhandel erzielt, was nicht zuletzt der chronischen Korruption zuzuschreiben ist. Wir können auch nicht die Tatsache ausblenden, dass seit Beginn der Strafaktion der ukrainischen Regierung gegen die Bevölkerung im Donbass im Jahre 2014, also seit nunmehr fast sieben Jahren, die überwältigende Mehrheit der durch Kleinwaffen Getöteten und Verletzten Bürger bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk sind.

Die Beteuerungen der Ukraine bezüglich eines transparenten Vorgehens der Regierung bei der Durchführung von Transfers konventioneller Waffen sind fragwürdig. Ein typisches Beispiel ist etwa der 2015 vom ukrainischen Ministerkabinett verabschiedete Beschluss, sein Abkommen mit der Regierung der Russischen Föderation über den Austausch von Informationen über tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) der Typen Igla und Strela bei der Ausfuhr in Drittländer oder deren Einfuhr aus diesen zu kündigen. Wir fordern die Ukraine eindringlich auf, die Umsetzung von Transparenzmaßnahmen im militärischen Bereich nicht an eine engstirnige politische Agenda zu knüpfen und ein adäquates Maß an Transparenz an den Tag zu legen, was im Zusammenhang mit der laufenden militärischen Operation im Südosten des Landes ganz besonders wichtig ist.

Die Russische Föderation widmet den Aufgaben, die mit der wirksamen staatlichen Kontrolle der Verbreitung von SALW auf nationaler Ebene verbunden sind, entsprechende Aufmerksamkeit und verfolgt in der militärtechnischen Zusammenarbeit mit dem Ausland eine verantwortungsvolle Politik, basierend auf den strengen Anforderungen ihres durchdachten Ausfuhrkontrollsystems. Im Einklang mit dem OSZE-Dokument über SALW übermittelt Russland dem OSZE-Sekretariat jährlich Informationen über die im vorangegangenen Kalenderjahr durchgeführten SALW-Ausfuhren in OSZE-Teilnehmerstaaten und die SALW-Einfuhren aus diesen sowie Daten über SALW, die innerhalb seiner nationalen Grenzen aus dem illegalen Verkehr gezogen und vernichtet wurden.

Die Umsetzung von SALW- und SCA-Hilfsprojekten auf bilateraler Basis ist uns wichtig. In den vergangenen Jahren haben Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums den Ländern Zentralasiens praktische Hilfestellung bei der Verwaltung der Lagerung und Entsorgung von Munition und Raketen geleistet. So wurde beispielsweise in Tadschikistan an der Entsorgung von Raketen gearbeitet, die zu S-75-Luftabwehrsystemen sowjetischer Bauart gehören. Turkmenistan wurde Hilfestellung bei der Nachweisführung und Kontrolle der Verwendung von MANPADS betreffend geleistet. In Kasachstan arbeiten Militärexperten an der Verbesserung des Systems zur Lagerung und Verwendung von Munition. In Kirgisistan wiederum konzentrierten sich die Bemühungen der Spezialisten auf die Verbesserung des Systems der Verwaltung von Kleinwaffen.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir die grundsätzliche Stoßrichtung der Diskussion unterstützen, nämlich, dass Bemühungen zur Verhinderung der unkontrollierten Verbreitung von SALW und SCA und zur Behandlung der humanitären Aspekte dieser Frage zur Stärkung der Sicherheit im OSZE-Raum beitragen werden und daher systematisch fortgesetzt werden sollten. In diesem Sinne freuen wir uns auf gehaltvolle Erörterungen auf dem bevorstehenden zweiten Zweijährlichen Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA, das im Oktober stattfinden wird.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende, und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN FREUNDESKREISES ZU
KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN UND LAGER-
BESTÄNDEN KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND)**

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vortragende,

in meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) möchte ich zunächst allen Vortragenden für ihre wertvollen Beiträge und Überlegungen zum Thema des heutigen Sicherheitsdialogs danken.

Dieses Jahr begehen wir den 20. Jahrestag der Verabschiedung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen, das alle Aspekte von SALW, darunter Produktion, Transfer, Lagerung, Einziehung und Vernichtung solcher Waffen sowie Ausfuhrkontrollen, regelt. Das 2003 verabschiedete OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition verpflichtet die Teilnehmerstaaten zur geschützten und gesicherten Lagerung ihrer nationalen Lagerbestände konventioneller Munition. Es liefert Indikatoren, mit deren Hilfe die Teilnehmerstaaten ermitteln können, ob bei ihnen ein Überschuss an konventioneller Munition, Sprengstoffen und/oder Zündmitteln vorliegt, und gegebenenfalls die Vernichtung solcher Überschüsse einleiten können.

Dementsprechend hat das FSK mehrere Beschlüsse zu SALW und SCA verabschiedet und eine Reihe an Praxisleitfäden zu diesen Themen genehmigt. In meiner Eigenschaft als Vorsitzende des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um erneut die Bedeutung der Praxisleitfäden der OSZE betreffend SALW und SCA zu betonen, die von allen OSZE-Teilnehmerstaaten mitgetragen und allgemein akzeptiert werden, um im Hinblick auf Herangehensweisen, Verfahren, Terminologie und in manchen Fällen sogar auf technische Spezifikationen ein gemeinsames Verständnis zu schaffen. Mit Freude kann ich festhalten, dass die Arbeit an der Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden (BPG) für SALW und konventionelle Munition weiterhin gut vorangeht. Derzeit werden vier Entwürfe für aktualisierte Fassungen der OSZE-Praxisleitfäden von der

Experten-Kerngruppe geprüft. Als nächster Schritt ist eine Expertensitzung unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika geplant – einem der Teilnehmerstaaten, die bei der Aktualisierung dreier Praxisleitfäden die Federführung übernommen haben. Wie Sie wissen, steht der Beschlussentwurf zum aktualisierten Praxisleitfaden für die Deaktivierung von SALW derzeit auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe A des FSK. Ich hoffe, dass er in Bälde von den Teilnehmerstaaten verabschiedet wird.

Ich möchte nochmals den Teilnehmerstaaten, die sich aktiv an diesem Prozess beteiligen, danken und andere dazu einladen, es ihnen gleichzutun.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden zweiten Zweijährlichen Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der SALW- und SCA-Dokumente der OSZE am 13. und 14. Oktober 2020 möchte ich daran erinnern, dass beim ersten Zweijährlichen Treffen der OSZE zu SALW und SCA im Jahr 2018 die Teilnehmer anerkannten, dass die OSZE ihre SALW- und SCA-bezogenen Normen, nachahmenswerten Verfahren und Mechanismen optimieren muss, um besser für heutige und künftige Herausforderungen und die Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung der Umleitung von SALW und konventioneller Munition gerüstet zu sein. Ich möchte betonen, dass wir dies am besten über eine Stärkung der Verknüpfung zwischen nachahmenswerten Verfahren und praktischen Hilfsprojekten erreichen können.

Die Arbeit an der Überprüfung und Aktualisierung der BPG geht mit den wichtigen Aktivitäten im Rahmen unserer SALW- und SCA-Hilfsprojekte einher und wird durch diese ergänzt. An dieser Stelle möchte ich Oberst Hans Lampalzer, den neuen Koordinator des FSK-Vorsitzes für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA, herzlich willkommen heißen. Ich möchte Sie an die beiden Treffen des informellen Freundeskreises zu SALW und SCA erinnern, die gemeinsam mit dem früheren Koordinator des FSK-Vorsitzes für Hilfsprojekte betreffend SALW und SCA, Oberst László Szatmári, abgehalten wurden, um neue Schwerpunkte und wechselseitige Verstärkung in die normativen und praktischen Aspekte der Bemühungen der OSZE im Bereich SALW und SCA einfließen zu lassen. Wie Sie ja wissen, wurden diese gemeinsamen Sitzungen von den Teilnehmerstaaten sehr gut aufgenommen. Diese Art des gemeinsamen Arbeitens ermöglicht uns einen wirkungsvolleren Umgang mit SALW- und SCA-Fragen, indem wir stärkere Verbindungen zwischen den Normen einerseits und der praktischen Umsetzung von Hilfsprojekten andererseits herstellen.

Daher habe ich mit Freude aus den heutigen Vorträgen von Botschafter Koja, Leiter der OSZE-Mission in Skopje, und Frau Petrova von der nationalen Kommission für Kleinwaffen und leichte Waffen Nordmazedoniens entnommen, wie die OSZE-Praxisleitfäden zu SALW konkret bei der Weiterentwicklung von Regelwerken, Standardarbeitsanweisungen (SOP) und auch Ausbildungsplänen betreffend die Sicherung und Verwaltung von SALW im Innenministerium der Republik Nordmazedonien eingesetzt werden.

Darüber hinaus freue ich mich zu berichten, dass beim letzten Treffen unseres informellen Freundeskreises die OSZE-Durchführungsorgane bereits ihre Erkenntnisse bei der Umsetzung ausgewählter Praxisleitfäden für SALW und konventionelle Munition durch ihre praktische Arbeit mit konkreten Hilfsprojekten präsentierten. Diese umfassen sowohl Rückmeldungen zu ihrem praktischen Wert als auch Empfehlungen für weitere Verbesserungen. Sinn und Zweck dieser Übungen ist es, eine Steigerung der Effizienz und Verbesserung der Ergebnisse von SALW- und SCA-Projekten sowie den größtmöglichen Nutzen im Hinblick

auf die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit SALW und SCA zu erzielen. Klarerweise liegt es im Ermessen der Teilnehmerstaaten, ob sie im Rahmen des regelmäßigen Aktualisierungsprozesses der Praxisleitfäden auf die Empfehlungen zurückgreifen.

In Bezug auf die vorgeschlagene Tagesordnung der Zweijährlichen Tagung erachte ich es als äußerst vorteilhaft, den Schwerpunkt auf den Hilfsmechanismus nach den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA zu legen und die Sicht der Geber zu hören sowie die praktische Anwendung der OSZE-Praxisleitfäden für SALW und konventionelle Munition zu erörtern und weitere internationale Standards auf die Hilfsprojekte anzuwenden. Die Erkenntnisse des Zweijährlichen OSZE-Treffens zu SALW und SCA werden eine wichtige Richtlinie für möglich Arbeitsergebnisse für den Ministerrat von Tirana sein.

Abschließend möchte ich Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, nochmals für Ihre Unterstützung der Arbeit des informellen Freundeskreises danken und Sie ermutigen, sich weiterhin aktiv einzubringen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES FSK-KOORDINATORS FÜR PROJEKTE BETREFFEND
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION (ÖSTERREICH)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir, das Wort in meiner Eigenschaft als neuer Koordinator für Hilfsprojekte zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und zu Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) zu ergreifen.

Zu Beginn möchte ich dem deutschen FSK-Vorsitz und der FSK-Troika für meine Ernennung zum Koordinator danken. Es ist mir eine Ehre, den FSK-Vorsitz bei der Vorbereitung und Durchführung seines Programms/seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Durchführung von SALW- und SCA-Projekten zu unterstützen und im Namen des FSK-Vorsitzes mit den OSZE-Delegationen und Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten.

Die Tatsache, dass dieser erste Sicherheitsdialog den Kleinwaffen und leichten Waffen gewidmet ist, unterstreicht die Bedeutung, die der FSK-Vorsitz diesem Thema beimisst. Eine der Aufgaben und Obliegenheiten des Koordinators besteht darin, das FSK-Plenum und seine Arbeitsgruppen bei Bedarf über den Stand der Diskussionen und der Umsetzung auf dem Laufenden zu halten. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, dass die Teilnehmerstaaten im zweiten Quartal 2020 trotz der Herausforderungen durch die Pandemie die Durchführung von 17 SALW- und SCA-Hilfsprojekten auf nationaler und regionaler Ebene mit einem Gesamtprojektbudget von über 30 Millionen Euro gefördert und mit Sachleistungen unterstützt haben. Zusätzlich zu den Sachleistungen haben die Teilnehmerstaaten bereits 60 Prozent der benötigten Mittel zugesagt.

Erlauben Sie mir, allen Gebern für ihr starkes Engagement zu danken. In Anbetracht der noch verbleibenden Projekte und der von veralteten Lagerbeständen konventioneller Munition sowie von Kleinwaffen und leichten Waffen ausgehenden Risiken appelliere ich an alle Teilnehmerstaaten, mit ihrer vollen Unterstützung mitzuhelfen, dass die Projekte weiter

vorankommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch den folgenden Teilnehmerstaaten für ihre wertvollen Beiträge zu SALW/SCA-Projekten der OSZE im dritten Quartal 2020 danken:

- Vereinigte Staaten von Amerika: 3 885 000 Euro für Projektaktivitäten in der Ukraine und in Kirgisistan
- Deutschland: 1 206 010 Euro für Projektaktivitäten in Albanien, Nordmazedonien, Kosovo, Kirgisistan und Serbien
- Ungarn: 250 000 Euro für Projektaktivitäten in Bosnien und Herzegowina
- Norwegen: 18 372 Euro für Projektaktivitäten in Bosnien und Herzegowina

Im Sinne des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen dient Transparenz als vertrauensbildende Maßnahme. Gestatten Sie mir, sie in diesem Zusammenhang auf eine neue Broschüre der Abteilung FSK-Unterstützung (FSC.DEL/185/20 vom 16. September 2020) zum Projektportfolio der OSZE in Südosteuropa aufmerksam zu machen und der Abteilung FSK-Unterstützung für ihre Bemühungen zu danken.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Ilona,

ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Dir!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

eigentlich hatte ich nicht die Absicht, mich zu Wort zu melden, doch nachdem ich einige der heutigen Erklärungen aufmerksam angehört und durchgelesen habe, muss ich alle Teilnehmerstaaten an die Statusneutralität der OSZE in Bezug auf Kosovo und Metochien erinnern.

Ich möchte erneut daran erinnern, dass Kosovo und Metochien unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen steht, für die die rechtsverbindliche Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gilt.

Daher möchte ich alle Delegationen auffordern, die Statusneutralität der Organisation, deren Mitglieder wir sind, zu respektieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

ehe wir uns dem Hauptteil unserer Erklärung zuwenden, halten wir es für notwendig, die Delegationen der Ukraine, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, der Europäischen Union und des Vereinigten Königreichs noch einmal daran zu erinnern, dass die Republik Krim und die Stadt föderalen Ranges Sewastopol den uneingeschränkten Status von Föderationssubjekten der Russischen Föderation haben. Das steht nicht zur Diskussion. Sie sind in Übereinstimmung mit dem Willen ihrer multiethnischen Bevölkerung und mit den Normen des Völkerrechts unserem Land beigetreten. Diese Entscheidung steht in vollem Einklang mit Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen, in dem die „Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“ postuliert wird. Wir halten jeden Versuch, die territoriale Integrität der Russischen Föderation infrage zu stellen, für absolut inakzeptabel. Die Entscheidung der Bewohner der Krim und Sewastopols, sich mit Russland zu vereinigen, ist absolut rechtens und schlicht und einfach zu akzeptieren.

Wir fordern unsere Partner nachdrücklich auf, damit aufzuhören zu versuchen, die militärischen Aktivitäten Russlands im Schwarzen Meer zu verteufeln. Seit der Zeit, als die Krim zur Ukraine gehörte, hat sich die Qualität unserer militärischen Präsenz im Schwarzen Meer nicht verändert. Natürlich modernisieren wir unsere Streitkräfte und Fähigkeiten angesichts der Tatsache, dass die Infrastruktur der NATO näher an unsere Grenzen heranrückt. Aber unsere Bemühungen stehen in völligem Einklang mit unseren tatsächlichen Bedürfnissen hinsichtlich der Stärkung von Verteidigung und Sicherheit. Darüber hinaus legt Russland besonderen Wert auf vertrauensbildende Maßnahmen in der Region und übt bei der Durchführung von Übungen größtmögliche Transparenz, indem es ausländische Beobachter zu Veranstaltungen einlädt. Es ist Sache unserer Partner, zu entscheiden, ob sie von diesem Recht Gebrauch machen wollen oder nicht.

Die politisch aufgeladene Erklärung eines ukrainischen Vertreters zu Russlands angeblich „vorsätzlichen, auf Eskalation abzielenden Schritten“ im Schwarzen Meer erfolgte vor dem Hintergrund einer tatsächlichen Intensivierung der militärischen Aktivitäten der Ukraine in der Region. So führt die ukrainische Regierung zum Beispiel Übungen durch, die aggressive Szenarien und die Beteiligung von Streitkräften aus NATO-Staaten beinhalten, und modernisiert auch aktiv ihre militärischen Infrastruktureinrichtungen, baut ihre

militärischen Fähigkeiten aus und erprobt neue Waffensysteme. Und dabei machen die Behörden in Kiew kein Hehl daraus, dass diese Waffensysteme gegen Russland eingesetzt werden sollen. Derartige militärische Aktivitäten der Ukraine mit direkter Unterstützung von außerhalb destabilisieren zweifellos die Lage in der Region.

Die Russische Föderation tritt für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Schwarzmeerregion ein. Wir meinen, dass die Anrainerstaaten über alles verfügen, was sie brauchen, um gemeinsame Sicherheitsfragen unabhängig voneinander unter Rückgriff auf die vorhandenen Kooperationsmechanismen zu lösen. Mit Nachdruck fordern wir alle Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres auf, zu einer umfassenden Zusammenarbeit im Rahmen der Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR), der Operation Black Sea Harmony und des Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte im Schwarzen Meer zurückzukehren.

Die heutige Erklärung der Delegation der Ukraine war ein weiteres Beispiel dafür, wie Konfrontationsrhetorik geschürt wird. Sie ist lediglich ein weiterer Versuch, die Tatsache zu verschleiern, dass die Ukraine unter Verletzung des Minsker Maßnahmenpakets (gebilligt durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen) im Donbass weiterhin gegen ihr eigenes Volk Krieg führt und dabei versucht, einen Nachbarstaat für ihr ganzes Unglück verantwortlich zu machen.

Die Delegation der Russischen Föderation hält es nicht für notwendig, den Propagandaübungen der ukrainischen Delegation weiter Gehör zu schenken oder Diskussionen über Themen zu führen, die von der ukrainischen Delegation vorgeschrieben werden, zumal die Ukraine in der gegenwärtigen Phase eigentlich von außen gesteuert wird und kein unabhängiger Akteur in den internationalen Beziehungen ist.

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass wir den Meinungs austausch mit den OSZE-Teilnehmerstaaten über die politisch-militärischen Aspekte der Lage in der Ukraine nicht verweigern. Wir sind bereit zu einem professionellen und entpolitisierten Austausch auf der Grundlage objektiver Fakten.

Frau Vorsitzende,

unser Standpunkt bezüglich des innerukrainischen Konflikts ist unverändert – es muss eine vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12. Februar 2015 durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk erfolgen. Die Russische Föderation ist als Vermittler neben der OSZE, Deutschland und Frankreich bereit, dies auf jede erdenkliche Art und Weise zu erleichtern.

Die von den Parteien des innerukrainischen Konflikts am 22. Juli im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG) erzielte Einigung über zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe war ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ im Dezember 2019 in Paris erteilten Vorgaben. Nach Angaben der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) wurden nach dem Inkrafttreten der Maßnahmen am 27. Juli in der Zone der bewaffneten Konfrontation im Donbass keine zivilen Opfer oder Zerstörungen ziviler Infrastruktur infolge von Beschuss registriert.

Vor diesem Hintergrund berichtet die SMM leider regelmäßig über Verstöße gegen die getroffenen Vereinbarungen. Insbesondere verzeichnet sie Fälle von Beschuss, dem Ausbau von Kampfstellungen und dem Einsatz militärischen Geräts in Siedlungsgebieten. Allein seit Anfang September wurde nach Angaben der Mission 17 Mal militärisches Gerät der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohngebäuden gesichtet, im Fall der Miliz jedoch nur einmal.

Als einer der Vermittler im Friedensprozess ist Russland zutiefst besorgt über das Scheitern der Vereinbarung, die am 9. September bei einem über Videokonferenz abgehaltenen außerordentlichen Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe über die gemeinsame Inspektion von Vertretern der ukrainischen Regierung und des Donbass unter Beteiligung der OSZE erzielt wurde, bei der es um die Lage in der Nähe der Siedlung Schumy nahe der Kontaktlinie ging, wo technische Arbeiten an ukrainischen Militärstellungen gemeldet worden waren. Unter weit hergeholten Vorwänden wurde den Inspektoren die Einreise in das Gebiet verweigert, und es wurde versucht zu verhindern, dass die Vertreter des Donbass an diesem Besuch teilnehmen.

Wir appellieren an die ukrainische Regierung, bei der Umsetzung dieser Vereinbarungen, die einmal mehr bestätigt haben, dass Fortschritte im Beilegungsprozess erzielt werden können, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, verantwortungsbewusst vorzugehen.

Frau Vorsitzende,

die bewaffnete Konfrontation im Donbass hat bisher über 13 000 Menschenleben gefordert. Das ist der Preis, den die Einwohner des Donbass dafür zahlen mussten, dass sie mit dem Kurs der Politiker nicht einverstanden waren, die vor fast sieben Jahren nach dem verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine an die Macht kamen. Der enorme Verlust an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, anhaltende Menschenrechtsverletzungen und Fälle von Schikanen und Folter durch das ukrainische Militär sind in Berichten maßgeblicher internationaler Organisationen festgehalten worden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gewalt im Donbass noch länger anhält.

Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, alle illegalen Gruppen auflösen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Die unmenschliche sozioökonomische Blockade der Region sollte unverzüglich aufgehoben und der Region selbst unverzüglich ein Sonderstatus eingeräumt werden. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen müssen erfüllt werden. Politische und sicherheitspolitische Maßnahmen sind eng miteinander verknüpft und sollten gleichzeitig umgesetzt werden. Ohne eine Lösung der politischen Fragen ist eine umfassende Beilegung der Krise in der Ukraine unmöglich. Wir betonen die direkte Verantwortung der ukrainischen Regierung für die praktische Umsetzung aller Aspekte des Minsker Maßnahmenpakets und der auf dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben.

Die Geringschätzung, mit der die Ukraine an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den politisch-militärischen Dokumenten der OSZE herangeht, erfüllt uns mit großer Besorgnis. Es gibt zahlreiche Beweise für Verstöße der ukrainischen Regierung gegen

Bestimmungen des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Im Südosten des Landes werden militärische Aktivitäten durchgeführt, die zu unterschiedlichen Zeiten eine Schwelle von etwa 70 000 Mann erreichten und an denen große Mengen an schwerem Gerät beteiligt waren. Darüber hinaus übermittelt die ukrainische Regierung nicht die nach dem Wiener Dokument 2011 erforderlichen Ankündigungen und lädt keine Beobachter in dieses Gebiet ein. Wir möchten daran erinnern, dass freiwillige Transparenzmaßnahmen die Umsetzung der verbindlichen Bestimmungen des Wiener Dokuments nicht ersetzen können.

Die anhaltende Krise in der Ukraine ist das Ergebnis des Staatsstreichs vom Februar 2014, der vom Ausland aus orchestriert, finanziert und organisiert wurde und zur bewaffneten Konfrontation im Donbass und zum Leid von Millionen ukrainischer Zivilisten geführt hat. Seit mehr als sechs Jahren haben die westlichen Partner der ukrainischen Regierung sich nicht wirklich darum bemüht, eine tatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten und eine politische Lösung der Krise zu fördern. Im Gegenteil, sie geben der ukrainischen Regierung grünes Licht für Kriegsverbrechen in der Ostukraine, zetteln weitere bewaffnete Gewalt an, bilden die ukrainische Armee aus und pumpen Waffen und Ausrüstung in die Ukraine, die dann ihren Weg in die Zone der bewaffneten Auseinandersetzung finden. Dies ist nicht dazu angetan, militärische Spannungen abzubauen, wie es die westlichen Partner regelmäßig fordern – vielmehr gibt es der „Kriegspartei“ in Kiew und ihren kriegerischen Ambitionen in Bezug auf den Donbass Auftrieb.

Wir möchten betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die weitere Zerstörung im Donbass tragen. Darüber hinaus verstößt ihr Vorgehen gegen Buchstaben und Geist des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen und gegen die KSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen. Wir fordern unsere Partner auf, ihre Verpflichtungen vollinhaltlich und verantwortungsvoll zu erfüllen, wofür sie selbst regelmäßig plädieren.

Unser Standpunkt zur Abhaltung eines Treffens der Außenminister oder eines Gipfeltreffens im „Normandie-Format“ ist wohlbekannt: Zuerst müssen die Vereinbarungen, die die Staats- und Regierungschefs unserer Länder im Dezember letzten Jahres in Paris getroffen haben, umgesetzt werden. Bislang sind keine ernsthaften Fortschritte zu erkennen. Alles, was wir sehen, sind immer mehr Probleme im Zusammenhang mit den ständigen Veränderungen (und noch dazu zum Schlechteren) in der Position der ukrainischen Behörden hinsichtlich ihres Engagements für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Wir fordern die OSZE, unsere internationalen Partner und die externen „Strippenzieher“ der Ukraine auf, ihren Einfluss auf die ukrainische Führung geltend zu machen, um sie zu praktischen Schritten im Interesse des Friedens und der Eintracht in der Bevölkerung zu ermutigen, mit dem Ziel einer raschen, vollständigen und koordinierten Umsetzung der Bestimmungen des (vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligten) Maßnahmenpakets auf der Grundlage eines direkten und dauerhaften Dialogs zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

954. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 960, Punkt 3 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 9. September 2020 beschloss die Regierung der Republik Serbien, für die nächsten sechs Monate ausnahmslos sämtliche militärischen Übungen und Aktivitäten mit allen Partnern auszusetzen.

Die Republik Serbien wird jedoch alle davor eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle weiterhin erfüllen.

Die Republik Serbien ist natürlich nach wie vor zur Kommunikation mit allen ihren Partnern bereit, jedoch vorläufig ohne neue Verpflichtungen im Bereich der Verteidigungskooperation zu übernehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.